

Leippold, der im Rahmen des nationalen Forschungsschwerpunktes FINRISK (Financial Valuation and Risk Management) und des Universitären Forschungsschwerpunktes «Finance and Financial Markets» arbeitet, ist überzeugt, mit seiner Forschung auch für die nationale Politik Denkanstösse geben zu können.

#### «SCHLAUE» MODELLE

Die EU hat das Potenzial der Finanzmarktforschung für die Altersvorsorge bereits erkannt. An der Tilburg-Universität in Kiel wird ein auf sechs Jahre angelegtes und mit 30 Millionen Euro dotiertes Projekt gestartet, an dem sich Doktoranden und Professoren aus ganz Europa beteiligen. «Auch in der Schweiz wäre es wünschenswert, wenn nicht nur beim Bundesamt für Sozialversicherungen über die Probleme der Altersvorsorge nachgedacht würde, sondern auch die Universitäten und Forschungsinstitute vermehrt einbezogen und entsprechende finanzielle Mittel bereitgestellt würden», findet Markus Leippold.

Der Finanzmarktspezialist vergleicht seine Arbeit an «schlau» Modellen für eine möglichst effiziente und rentable Altersvorsorge mit der Suche nach dem Stein der Weisen: «Wenn wir ihn finden, sind wir gerettet.» Und Aymo Brunetti müsste seinen sechs Optionen für die Lösung der Probleme der Altersvorsorge einen siebten hinzufügen: die Optionsanalyse.

KONTAKT Prof. Markus Leippold, Institut für Schweizerisches Bankenwesen der Universität Zürich, leippold@isb.unizh.ch

## DAS MUSKELSPIEL DER POLITIK

Globalisierung und Mediatisierung beeinflussen die Politik. Wie kann die Demokratie gefördert werden? Das untersucht der Nationale Forschungsschwerpunkt «Herausforderungen der Demokratie im 21. Jahrhundert». Von Isabel Morf

Die «Arena-Tauglichkeit» von Politikerinnen und Politikern ist in der Schweiz in den letzten Jahren zum Schlagwort geworden. Sich auf der medialen Bühne mit dem politischen Gegner zu messen, unter den kritischen Blicken des TV-Publikums gut abzuschneiden in Sachen Ausstrahlung, Sprachgewandtheit und Dossierkenntnis, das scheint zur Voraussetzung geworden zu sein, um in der Politik Erfolg zu haben. Fielen früher politische Entscheide in verrauchten Hinterzimmern, scheinen heute Öffentlichkeit und Charisma unabdingbar zu sein, um Wählerschaft und Stimmvolk zu gewinnen. – Aber stimmt das überhaupt? Hat die «Arena» tatsächlich einen Einfluss auf die politische Meinungsbildung der Bevölkerung? Oder beeinflusst das «going public» der Politik vielleicht vor allem die Politiker selber und allenfalls noch die Medienwelt? Funktioniert das Politisieren in der «Arena» gar nicht so viel anders als im Hinterzimmer von anno dazumal?

Wie die politische Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger abläuft und welche Rolle die Medien dabei spielen, ist eines der Themen, die im Rahmen des vor kurzem vom Nationalfonds bewilligten Nationalen Forschungsschwerpunktes «Herausforderungen der Demokratie im 21. Jahrhundert» untersucht werden. Die Forschungen werden – erstmals bei einem europäischen Projekt – von Politologen und Medienwissenschaftlern gemeinsam interdisziplinär angegangen. Die Gesamtleitung hat Hanspeter Kriesi, Professor am Institut für Politikwissenschaften der Universität Zürich, inne.

Ausgangspunkt bilden zwei aktuelle Phänomene: Erstens, in etablierten westlichen Demokratien nimmt das Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Institutionen und Behörden ab. Eine Folge ist, dass die politischen Parteien Mit-

glieder verlieren und die Stimmbeteiligung sinkt. Zweitens, es ist schwieriger als angenommen, in bisher nicht demokratischen Ländern ein demokratisches System einzuführen, wie sich beispielsweise in den Staaten des früheren Jugoslawien beobachten lässt.

Diese beiden Phänomene werden im Zusammenhang mit zwei Entwicklungen, zwei möglichen Ursachen gesehen, und dort knüpfen auch die einzelnen Forschungsprojekte an: Zum einen hat durch die Globalisierung der politische Gestaltungs- und Entscheidungsspielraum der Nationalstaaten abgenommen, weil immer mehr Kompetenzen auf die supranationale Ebene verlagert werden, zum Beispiel auf die EU oder auf Organisationen wie die WTO.

#### VOM BRÜSSELER VOGT REGIERT

So befürchten EU-Gegnerinnen und -Gegner in der Schweiz, nach einem EU-Beitritt würden wir vom «Brüsseler Vogt» regiert und hätten im eigenen Land nichts mehr zu sagen. Zum anderen findet eine zunehmende Mediatisierung der Politik statt; die Medien nehmen Einfluss auf politische Prozesse, während die Politiker die Medien für sich zu instrumentalisieren versuchen. Salopp gesagt: Das Fernsehen stellt eine «Arena» bereit – die Politiker werfen sich darin in Positur und lassen ihre eingeeilten Muskeln spielen. Wenn sich zahlreiches Publikum einstellt, ist es beiden recht, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen: den Politikern wegen der potenziellen Wähler, dem Fernsehen wegen der Einschaltquoten. Solche Verflechtungen werden von den Politologen und den Medienwissenschaftlern unter die Lupe genommen.

Ein Themenschwerpunkt befasst sich mit den Möglichkeiten und Grenzen, nichtwestliche

Länder zu demokratisieren: Welches sind zum Beispiel die Risiken bei einer Demokratisierung von Staaten, die durch innere ethnische Konflikte belastet sind, so genannten «bad neighborhoods», «finsternen Gegenden» der Erde? Diese Frage untersucht eine Forschergruppe am Beispiel der Balkanländer, der Kaukasusregion, des Nahen Ostens und der Region der Grossen Seen in Afrika.

#### DESTABILISIERTE GESELLSCHAFT

Die Einführung von demokratischen Strukturen wie etwa Wahlen kann in schwachen Zivilgesellschaften destabilisierend wirken, wenn extremistische Politiker die neue Freiheit für ihre Zwecke zu nutzen versuchen und die gemässigten Kräfte ausmanövrieren. Von der Analyse solcher Entwicklungen erhoffen sich

die Wissenschaftler Hinweise darauf, wie diese Gefahr umgangen werden kann. Eine andere Frage in diesem Zusammenhang lautet: Ist es eine gute Idee, in Ländern, die durch ethnische Konflikte gespalten sind, wie zum Beispiel in Ex-Jugoslawien, die Untereinheiten ethnisch zu segregieren? Fördert eine solche Teilung den Frieden, oder wird im Gegenteil dadurch der Konflikt erst recht angestachelt?

Ein anderer Themenkreis sind die Systeme der politischen Entscheidungsfindung in etablierten Demokratien und die Auswirkungen der Globalisierung. Eine der Fragestellungen: Wenn die Demokratie in den Nationalstaaten ausgehöhlt zu werden droht, weil immer mehr Kompetenzen und Zuständigkeiten auf internationaler Ebene behandelt werden, könnte ein Demokratiedefizit entstehen. Es sei denn, es

werden demokratische Strukturen in den übergeordneten supranationalen Gebilden wie zum Beispiel der WTO installiert. Dies kann zum Beispiel durch die Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen (NGO) geschehen. Die Frage ist nun, ob damit tatsächlich eine Demokratisierung und breitere Abstützung erreicht wird oder ob die NGOs nicht vielmehr mit dem Zweck eingebunden werden, sie zu instrumentalisieren.

#### WIE DIE EU DIE SCHWEIZ BEEINFLUSST

In einem weiteren Projekt wird untersucht, wie die politischen Entscheidungsprozesse in der Schweiz durch die EU beeinflusst werden. Erste Erkenntnisse aus bisherigen Untersuchungen zeigen, dass die Exekutive, also der Bundesrat, gestärkt wird, während die Legis-



*Heikle Zweckgemeinschaft: Medien nehmen Einfluss auf die Politik, und Politiker versuchen, die Medien zu instrumentalisieren.*

lative, das Parlament, an Einfluss verliert. Weil die internationalen Beziehungen immer wichtiger werden, muss die Schweiz vermehrt Verträge abschliessen. Solche Verträge, beispielsweise die Bilateralen I und II, werden vom Bundesrat und seinen Mitarbeitern ausgehandelt. Das Parlament kann sie anschliessend annehmen oder ablehnen, aber es kann sie nicht mitgestalten, nicht verändern. Die Exekutive ist im Vorteil, weil sie direkt an der Front mitmisch. Allerdings können durch diesen Einfluss von aussen auch andere Akteure im Inland in den Vordergrund treten und an Einfluss gewinnen. Bei den Bilateralen I drohten die Gewerkschaften, sie würden das Referendum unterstützen, wenn nicht flankierende Massnahmen eingeführt würden. Die Massnahmen wurden eingeführt, was die Position der Gewerkschaften stärkte. So verändern sich in der Schweiz durch die EU – obwohl wir nicht Mitglied sind – eingespielte Balancen, und neue Gleichgewichte werden gesucht.

Ein wichtiger Aspekt des Forschungsschwerpunktes ist die Weitervermittlung der Forschungserkenntnisse. «Civic education» ist eines der Stichworte; Lehrmittel für Sekundarschulen und Unterlagen für die Ausbildung von Journalistinnen und Journalisten sollen entstehen. Der Wissensstand der Bevölkerung in Sachen Politik und Demokratie sei leider ziemlich tief, stellt Hanspeter Kriesi fest. Vor einigen Jahren mutmasste eine neu gewählte Miss Schweiz, die Schweiz könnte ungefähr dreizehn Kantone haben. Ein bisschen Weiterbildung kann also nicht schaden.

Hat nun die «Arena» einen Einfluss auf die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger? Dieser Frage wollen die Wissenschaftler mit einer breit angelegten mehrstufigen, differenzierten Umfrage auf die Spur kommen. In der Region Zürich und im Arc Lémanique werden je über tausend Leute vor, während und nach einer Abstimmungs- oder Wahlkampagne zu ihrer politischen Einstellung, ihren Wertvorstel-

lungen, ihrer Meinung beziehungsweise ihrer Meinungsbildung zum Kampagnenthema befragt – und natürlich wollen die Wissenschaftler auch wissen, welche Medien sie nutzen. Auf die Erkenntnisse darf man gespannt sein.

**KONTAKT** Prof. Hanspeter Kriesi, Institut für Politikwissenschaft Zürich (IPZ), Universität Zürich, hanspeter.kriesi@pwi.unizh.ch

**FINANZIERUNG** 10 Millionen Franken für vier Jahre, zwei Drittel vom Nationalfonds, ein Drittel von der Universität Zürich, plus Drittmittel. Das Programm kann zweimal um vier Jahre verlängert werden.

**ZUSAMMENARBEIT** Institut d'Etudes Politiques et Internationales, Université de Lausanne; Swiss Centre for Studies on the Global Information Society (SwissGIS), Universität Zürich; IUHEI Genf; Schweizerisches Institut für Aussenwirtschaft und Angewandte Wirtschaftsforschung, Universität St. Gallen; Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern; Wissenschaftszentrum Berlin, Pädagogische Hochschule Aargau, Universität Bern, Kompetenzzentrum für Public Management, Zürcher Hochschule Winterthur



goldschmied  
bickel

Stampfenbachstrasse 103  
8006 Zürich  
044 362 95 87  
goldschmiedbickel@bluewin.ch

Design und Ausführung  
im eigenen Atelier



**Institut für  
Kommunikationsforschung**

Steigern Sie Ihre interkulturellen Kompetenzen!

- **Nachdiplomkurse zu interkulturellen Themen**
- **Nachdiplomstudium interkulturelle Kompetenzen**
- **MBA IKF Interkulturelle Kommunikation und Führung**

Bahnhofstrasse 8 · CH-6045 Meggen  
Telefon 041 377 39 91 · Telefax 041 377 59 91  
ikf@centralnet.ch · www.ikf.ch